

(Ministerin Brunn)

(A) Das ist sehr wichtig, setzt allerdings voraus, daß dieses Instrument von Landesregierung und Haushaltsgesetzgeber im Hinblick darauf, was mit der gewonnenen Flexibilität geschieht, positiv begleitet wird. Und deshalb ist es wichtig, daß den Hochschulen die Spielräume für die Nutzung dieser Flexibilität belassen werden.

Eine in den Augen der Hochschulen negative Sanktionierung der Finanzautonomie würde die Bereitschaft zu eigenverantwortlichem Handeln erheblich einschränken. Dann aber könnten wir die Finanzautonomie, weil wir insofern auf den Rückhalt in den Hochschulen angewiesen sind, nicht fortentwickeln. Darum ist dieses Instrument so wichtig, und darum empfehle ich es dem Landtag zur pfleglichen Beobachtung. Wir sind gerne bereit, alle nötige Transparenz über den Einsatz und die Wirksamkeit dieses Instruments zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen an der Kostenrechnung der Hochschulen weiterarbeiten. Wir wollen die leistungsorientierte Mittelvergabe ausbauen. Wir wollen vor allen Dingen erreichen, daß es zukünftig einen objektiven Finanzvergleich zwischen den Hochschulen gibt. Hierzu läuft ein Modellprojekt, in das wir demnächst auch die Private Universität Witten-Herdecke einbeziehen wollen, zu deren Sicherung wir jetzt beitragen können, die sich dann bundesweit als ein Modell für eine Privathochschule einem solchen Vergleich stellen sollte.

(B)

Meine Damen und Herren, wir sind auf die Kreativität unserer Forscher und den Transfer unseres Wissens aus den Hochschulen in die Öffentlichkeit und die Wirtschaft angewiesen. Dies stützen wir mit eigenen Projekten und Programmen wie zum Beispiel einer verstärkten Selbstständigkeitsförderung oder einer Patentinitiative zur Förderung von Patenten in den Hochschulen.

Wir sind auch ein bißchen stolz darauf, daß unsere Anstrengungen in diesem Jahr eine ganz besondere Honorierung erfahren haben; denn Nordrhein-Westfalen hat mit der Bioregio Rheinland, an der das gesamte Land dranhängt, den Bioregio-Wettbewerb gewonnen. Das ist nur dadurch möglich gewesen, daß hier zehn Jahre lang Wissenschaft und Forschung heftig und kräftig vorgeleistet haben und die Wirtschaft inzwischen bereit ist, auch solche Projekte zu flankieren.

(Beifall des Dr. Hans Kraft [SPD])

Das muß man fortsetzen. Denn Leistung fällt nicht vom Himmel. Solche Erfolge sind nur das Ergebnis langfristiger Anstrengungen. Darum bitten wir den Landtag um Unterstützung des Haushalts zum

Einzelplan 06. Wir hoffen, daß die Opposition dann irgendwann einmal Laut gibt, damit man wenigstens weiß, worüber man sich auseinandersetzen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** deshalb die **Beratung** zum Einzelplan 06.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, teile ich Ihnen mit, daß Frau Kollegin Fitzek eine Erklärung zur Abstimmung gemäß § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags<sup>\*)</sup> vorgelegt hat. Sie ist hiermit zu Protokoll gegeben.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Was steht da drin?)

- Sie wird zu Protokoll gegeben.

Wir kommen jetzt zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1606**. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das **Handzeichen**. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

(D)

Ich rufe auf:

### Einzelplan 03: Innenministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung 12/1603 und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Frechen das Wort.

**Stefan Frechen (SPD):** Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Antonius Rösenberg [CDU]: Die gehen alle raus!)

Ich grüße auch die Beisitzer, Frau Keller und Herrn Jentsch - man muß das einmal tun, weil sie immer wieder vergessen werden - sowie selbstverständlich auch Herrn Becker!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

---

<sup>\*)</sup> siehe Anlage zu diesem Protokoll

(Frechen [SPD])

- (A) Meine Damen und Herren, der Adventfrieden, der diese Sitzungen an und für sich immer auszeichnet, ist ja durch das Verhalten der Fraktion der CDU etwas ins Trudeln geraten. Nichtsdestotrotz: Meine Herren - Damen sind keine da - von der CDU, ich grüße Sie - wenn auch nur in Teilfunktionen körperlich anwesend - ganz herzlich!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich meine, es ist ein Akt der Höflichkeit, daß wir trotzdem auf den guten Beziehungen aufbauen, die wir in der Vergangenheit partiell gehabt haben, auch wenn Sie sich verweigern. Ich erinnere mich an den Verwaltungsstrukturausschuß, in dem die CDU einen Antrag zum Thema "Schlanker Staat, schlankes Parlament" gestellt hat. Nun zieht sie - das imponiert mir - die ersten Konsequenzen und macht sich selbst überflüssig.

(Lachen und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Noch etwas Positives zur CDU: Zumindest die Damen und Herren aus dem Ausschuß für Innere Verwaltung zeigen Einsichtsvermögen. Sie wissen, daß Kompetenz und Meinungsführerschaft in bezug auf öffentliche Sicherheit und Ordnung seit Jahren längst auf die SPD-Fraktion übergegangen sind. Insofern können sie gar nichts zu dem, was wir bisher gemacht haben, beitragen. In weiser Einsicht haben sie keinerlei Anträge gestellt. Ich nehme an, daß sie gleich in der Abstimmung unseren Anträgen und Vorstellungen zustimmen.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, leider ist Ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Linssen auch körperlich nicht mehr anwesend. Ich will mich nicht in Strategiediskussionen einmischen. Vielleicht können Sie ihm aber entwickeln, jeden Morgen ein kleines Fläschchen Yakult zu nehmen. Die Werbung sagt, Millionen nehmen es. Vielleicht hilft es auch bei politischen Verdauungsbeschwerden. Wir wären bereit, Ihnen zu helfen.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN  
- Alfons Löseke [CDU]: Wir haben noch keinen Karneval!)

Nun zum Einzelplan: Meine Damen und Herren, was zeigt uns der Einzelplan 03 auch in Fortsetzung der Haushalte der vergangenen Jahre? - Eigentlich beschreibt er - gemessen an der Zeit von vor fünf beziehungsweise sechs Jahren sowie gemessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern - eine Erfolgsstory. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Wir haben in Nordrhein-Westfalen die höchste Zahl an Polizeibediensteten in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Es sind über 46 000 Beamte. Nehmen wir den Angestellten- und den Arbeiterbereich noch hinzu, so sind es über 50 000 Bedienstete. Wir haben, gemessen an der Zeit von vor fünf beziehungsweise sechs Jahren - erhebliche Laufbahn- und Strukturverbesserungen durchsetzen können. Herr Lux, Sie selbst haben davon profitiert.

(C)

(Rainer Lux [CDU]: Nein!)

12 % der Beamten der Schutzpolizei waren im gehobenen Dienst. Mit dem Haushalt 1997 werden es genau 76,1 % sein.

Ich verweise ferner auf das Drei-Säulen-Modell.

Ich verweise auf die Neuorganisation der Kreispolizeibehörden, die jetzt evaluiert wird. Darüber werden wir uns in 1997 zu unterhalten haben.

Ich verweise auf die Neuorganisation der Aus- und Fortbildung und damit im Zusammenhang auf die Neuorganisation der Bereitschaftspolizei.

Ich nenne die Ausstattung mit IuK-Technik und die Verbesserung der IuK-Ausstattung bei den Polizeibehörden und Polizeiinspektionen insbesondere mit PCs.

Ich verweise auf die Leitstellen mit moderner Technik.

(D)

Ich nenne das Einrichten eines integrierten Telekommunikationsnetze für Texte, Daten, Sprache als Ersatz für das Fernschreibsondernetz, das Datensondernetz und das Fernsprechsondernetz der Polizei. Ich verweise auf die Einführung polizeilicher Vorgangsbearbeitung.

Meine Damen und Herren, über alle diese Punkte, die ich jetzt nur kurz angerissen habe, ließe sich jeweils Minuten darstellen, was sich in den letzten fünf Jahren getan hat.

Nun gilt es, das Erreichte zu sichern. Sie wissen, daß Einzelplan 03 genauso wenig wie die anderen Einzelpläne große Zuwächse zu verzeichnen hat. Das wäre bei der jetzigen finanziellen Situation nicht möglich. Aber das ist nicht das Ende der Politik. Wir haben eine ganze Reihe von Aufgaben im Jahre 1997 zu bewältigen.

Ich nenne auch hier einige Beispiele: Das Kienbaum-Gutachten II, Stichwort "Aufgabenkritik", die belastungsbezogene Kräfteverteilung für 1997, die die Beamtinnen und Beamten zielgenauer an die Kreispolizeibehörden bringt, bei denen das Unfallgeschehen und die Kriminalität stärker ausge-

(Frechen [SPD])

(A) prägt sind als bei anderen. Ich erinnere an den Modellversuch "Budgetierung", der als Pilotprojekt bei sechs Kreispolizeibehörden begonnen hat. Ich nenne die Beurteilungsrichtlinien der Polizei. Ich nenne die Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes. Ich nenne organisatorische und polizeirechtliche Maßnahmen, die damit im Zusammenhang stehen, für die Bereitschaftspolizei, die Fachhochschule und das Landespersonalvertretungsgesetz.

Meine Damen und Herren, leider haben wir nur zehn Minuten. Es könnte natürlich von unserer Seite auch im einzelnen dargestellt werden, was sich im Bereich des Verfassungsschutzes getan hat. Der Verfassungsschutz ist eine effektiv arbeitende Behörde, die mit einem Minimum an Personal auskommt und die auch im vergangenen Jahr wieder eine Reihe von Erfolgen hatte, sowohl im rechts- wie auch im linksextremistischen Bereich.

Es gibt Fragen des Datenschutzes zu klären. Es gilt, nachdem der Bund wohl noch Ende dieses Jahres mit dem Reformgesetz öffentlicher Dienst überkommen wird, die Umsetzungen auf Landesebene durchzuführen.

Meine Damen und Herren, es ist genügend Arbeit für das Jahr 1997 da. Wir würden uns freuen, wenn die CDU sachorientiert mitarbeiten würde.

(B) Und, um den Kreis wieder zu schließen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, wenn es denn tatsächlich hilft, psychologisch und ernährungsphysiologisch gegen Ihre Verweigerungshaltung anzugehen, dann sind wir dazu bereit und stellen Ihnen bzw. Ihrem Fraktionsvorsitzenden jeden Morgen das kleine Fläschchen Yakult zur Verfügung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Kollegen Appel das Wort.

Roland Appel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Frechen, ich weiß es natürlich nicht und werde es auch unterlassen, jetzt für ein entsprechendes Produkt hier Reklame zu machen. Ich hoffe auch in unserem gemeinsamen Interesse, daß es sich nicht um eine besondere, neue Form des Polit-Sponsoring handelt. Man kennt das ja aus den Werbefilmen beim Fußball. Ich freue mich immer, wenn erst Lothar Matthäus mit dem T-Shirt "Keine Macht den Drogen" auftritt und anschlie-

ßend der Trailer kommt: "Diese Sendung wurde von dieser oder jener Biermarke präsentiert." (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Halten Sie Bier für eine Droge?)

- Ja, natürlich ist das eine Droge. Das ist eine sehr legale Droge, nichts anderes. An der Droge sterben übrigens pro Jahr 200 000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen sagen wir ja immer, wir hätten nicht die richtige Drogen- und Suchtpolitik.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Einige sind der Meinung, bei Bier handele es sich - in begrenzter Form - um ein Nahrungsmittel!)

- Ich würde Ihnen ja gar nicht widersprechen, wenn Sie mir ebenfalls nicht widersprechen würden, wenn ich Haschisch sagen würde oder andere Leute sagen, daß Heroin für manche Leute auch ein Genußmittel ist - wenn auch ein illegales, ein verbotenes. Darüber kann man lange streiten, Herr Matthiesen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Haben Sie etwas dagegen, wenn ich die Gesamtheit Ihrer Aussagen den Brauereien unseres Landes mit freundlichen Grüßen von mir zuschicke?)

- Ich glaube nicht, daß die Brauereien in der gleichen Art und Weise darauf spekulieren, durch Illegalität ihre Produktionszuwächse und vor allem ihre enormen Zwischenhandelsgewinne im Bereich der Drogen zu maximieren. Wir wollen ja keine neue Mafia produzieren, Herr Matthiesen. (D)

Ich möchte aber versuchen, zur Sache zu reden, Herr Kollege.

Wir haben zum Innen-Haushalt von der Opposition, die sich hier sonst als Hüterin des polizeilichen Aufgebots in unserem Lande gebärdet, leider keine entsprechenden Reden zu hören. Ich finde das bedauerlich, weil die Opposition schon einmal sagen könnte, wo denn die nordrhein-westfälische Landesregierung ihre oft bekrittelten angeblichen Sicherheitslücken hat. Heute wäre Gelegenheit gewesen, von seiten der CDU dazu Stellung zu nehmen. Sie werden wahrscheinlich versuchen, sich an anderer Stelle dazu im allgemeinen zu ergehen.

Wir haben mit diesem Haushalt - das hat Kollege Frechen schon gesagt - an vielen Punkten das verstetigt, was in den letzten Jahren an Sicherung einer bürgernahen, dezentralisierten Polizei geleistet worden ist, die nahe an der Straße ist, nahe an den Menschen ist und es nicht nötig hat, mit immer mehr technischen Überwachungsmaßnah-

(Appel [GRÜNE])

(A) men - ich nenne das Stichwort "Großer Lauschangriff" - der Kriminalität scheinbar hinterherzulaufen, sondern die in der Lage ist, vor Ort gegen Kriminalität vorzugehen.

Wir haben in diesem Haushalt an einigen Punkten wesentliche Reformvorhaben durchgesetzt. Wir erwarten im kommenden Jahr Projekte, die sich auch mit den Problemen von Minderheiten beschäftigen. Ich finde, das ist eine wichtige Qualität. Es ist ein kleiner Punkt innerhalb des Innen-Haushaltes, der wahrscheinlich betragsmäßig nicht ins Gewicht fällt, obwohl natürlich die Redner der Opposition - Herr Reul hat es heute morgen auch wieder getan - sich gerne damit brüsten und damit so einen kleinen miesen Touch hereinbringen wollen: "Die machen was gegen antischwule Gewalt - ih, wie ekelhaft!"

Ich muß sagen, ich finde diese Art, die besonderen Probleme von Minderheiten durch den Kakao zu ziehen oder das zumindest immer wieder zu versuchen, selbst disqualifizierend. Es handelt sich schließlich um Verbrechen; hier werden Menschen von meistens Rechtsradikalen angegriffen. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder eine Steigerung von Übergriffen sogenannter antischwuler Gewalt erleben müssen. Ich bin dankbar, daß das Landeskriminalamt und der Landesinnenminister zusammen mit Kreispolizeibehörden ein eigenes Programm zur Bekämpfung dieser besonders ekelhaften Art von Gewalt aufgelegt haben.

(B) Ich freue mich auch, daß wir im nächsten Jahr dazu kommen werden, daß in mindestens zwei Kreispolizeibehörden Antidiskriminierungsprojekte anlaufen werden und daß dort in Angriff genommen wird, daß in der Ausübung polizeilicher Gewalt keine Diskriminierungen stattfinden. Das ist zwar in der Regel schon der Fall, aber wir wissen auch, daß es überall schwarze Schafe gibt und daß es immer wieder Einzelfälle gibt, in denen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden müssen. Ich freue mich auch darüber, daß solche Projekte im Lande vereinbart worden sind und hoffentlich auf ihren guten Weg gebracht werden.

Wir werden auch - das haben die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinbart - mit der Opposition über eine entsprechende Antidiskriminierungsklausel in der Landesverfassung reden. Wir halten das für einen besonders guten Weg. Wir hätten uns gerne erspart, daß es dazu im Sommer das eine oder andere Theater in der Presse gegeben hat, weil es eine Forderung ist, die BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN ursprünglich in die Koalitionsverhandlungen eingebracht haben. (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ja, ja!)

Nach mehreren Verhandlungsgängen blieb das Polizeigesetz zuletzt als einziges stehen, bis sich im Laufe des Prozesses unser Koalitionspartner darauf besonnen hat, daß man diesen Weg über die Verfassung gehen könnte. Ich empfinde dies als einen bedeutenden Erkenntniszuwachs auf dieser Seite und würde mich freuen, wenn wir bald dazu kämen, den eingebrachten Regierungsentwurf, den die Landesregierung beschlossen hat, entsprechend umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in diesem Haushalt - ich möchte das nicht in aller Ausführlichkeit schildern - durch Anträge der Fraktionen auch erreicht, daß die Öffentlichkeitsmittel der Datenschutzbeauftragten erhöht werden. Ich bin froh darüber, daß wir den Etat der Datenschutzbeauftragten verdoppeln konnten. Allerdings muß ich mir die kritische Anmerkung gestatten, daß ich ein gewisses politisches Ungleichgewicht in der Tatsache sehe, daß dem Verfassungsschutz das Vierzehnfache an Mitteln der Datenschutzbeauftragten zur Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen. Ich denke, da wird es in Zukunft noch einiges zu tun geben. (D)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das denken Sie aber nur!)

- Das werden wir tun, Herr Matthiesen. Mit uns wird es - wir werden noch genügend Gelegenheiten haben, darüber zu sprechen - keine geheimdienstliche Überwachung der Scientology-Wirtschaftssekte mit Mitteln des Verfassungsschutzes geben. Ebenso wird es mit uns keinen großen Lauschangriff geben; das ist aber eher ein bundespolitisches Thema.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege Appel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Frechen?

**Roland Appel (GRÜNE):** Aber sicher!

**Stefan Frechen (SPD):** Herr Kollege Appel, Sie haben auf die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes abgestellt. Gehe ich recht in der Annahme davon aus, daß Sie die Kampagne "Fair-

(Frechen [SPD])

(A) ständnis", die der Verfassungsschutz durchgeführt hat, eventuell für nicht so notwendig halten, da Sie die Mittel kürzen wollen?

**Roland Appel (GRÜNE):** Ich habe nicht gesagt, daß wir die Mittel kürzen wollen, Herr Kollege Frechen. Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung dafür eingesetzt, daß in Nordrhein-Westfalen vermehrt ein Verfassungsschutz durch Aufklärung stattfinden soll. Das hieße allerdings nach unserem gemeinsamen Verständnis - ich kann mich daran erinnern, daß damals daran gedacht wurde -, operative Maßnahmen zurückzufahren und statt dessen den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu erweitern. Das hieße nicht, beide Bereiche zu erweitern, Herr Kollege Frechen.

Ich möchte jetzt zur Flüchtlingsförderung und -beratung kommen. Diesbezüglich ist es uns gelungen, einige deutliche Punkte zu setzen: Wir haben in dieser Koalition die Flüchtlingsberatung etabliert. Sie ist, obwohl sie 1996 aus verschiedenen Gründen etwas schleppend angelaufen ist, in den zentralen Flüchtlingsunterkünften mit Hilfe der Dachverbände der karitativen Organisationen bereits verstetigt worden. Wir haben die Härtefallkommission zu einer guten Arbeit gebracht, und ihre Arbeit ist unter dem, was landespolitisch im landesgesetzlichen Rahmen möglich ist, sehr gut gewesen.

(B) Wir haben für die Flüchtlingsförderung umgesetzt, daß die Betreuungspauschale für die Gemeinden um zehn Mark pro Monat und Flüchtling erhöht worden ist. Ich wünsche mir allerdings, daß die Gemeinden dieses Geld auch wirklich für Flüchtlingsbetreuung ausgeben, denn viele Gemeinden im Lande - das muß man leider so sehen - stecken dieses Geld einfach in den Staatssäckel. Sie bedanken sich noch nicht einmal förmlich bei der Landesregierung und setzen das Geld noch nicht so ein, wie es eigentlich nötig wäre. Ich finde, das muß an dieser Stelle einmal gesagt werden: Wir wünschen uns diesbezüglich kleinere Regelungen und werden auch weiter daran arbeiten.

Lassen Sie mich zuletzt auf einen Punkt hinweisen, der sicherlich zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst worden ist. Es geht nämlich um die Frage der Verstetigung und der Verbesserung der Leistungen für Opfer des Terror-Regimes der Nationalsozialisten. Wir haben in Nordrhein-Westfalen nicht nur einen Härtefonds eingerichtet, sondern uns bietet sich jetzt durch Änderung der Richtlinien die Möglichkeit, verstetigt Leistungen für die Opfer des Nationalsozialismus zu erhalten.

Ich bin dem Innenminister außerordentlich dafür dankbar, daß er in der letzten Innenausschußsitzung noch einmal klargestellt hat, daß er unter allen Umständen sicherstellt, daß der entsprechende Etat, der aus Gründen, die uns bekannt sind, etwas unter dem Ansatz liegt, den wir in der Koalitionsvereinbarung prognostiziert haben, ausreichen wird. Ich bin dankbar dafür, daß er versichert hat, daß - sollte es einmal knapp werden - aus Mitteln des Hauses zugeschossen wird und daß auf jeden Fall der Bedarf abgedeckt wird. Ich sehe dies als einen wichtigen Schritt zur Aufarbeitung des NS-Unrechts an und möchte mich dafür noch einmal ausdrücklich beim Innenminister bedanken. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Ich erteile Herrn Minister Kniola für die Landesregierung das Wort.

**Franz-Josef Kniola, Innenminister:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich beabsichtige nicht, mit Joghurt oder Bier zu beginnen, obwohl mir das als Dortmunder natürlich naheläge, sondern will ausschließlich zum Einzelplan 03 etwas sagen.

Ich sehe die CDU an dieser Stelle in einer großen Schwierigkeit. Sie hat zu diesem Einzelplan eine Frage, hat sich aber nicht nur durch die hier im Parlament praktizierte Verweigerungshaltung, sondern auch durch die im Ausschuß durchgehaltene Verweigerungshaltung in die Schwierigkeit begeben, daß Sie mir diese Frage jetzt schriftlich übermittelt, damit ich sie beantworte, weil man sich an diesem Haushaltsberatungsverfahren ja nicht beteiligt. Das ist schon eigenartig.

Ich will - Herr Kollege Stallmann, vielleicht sind Sie so freundlich, Herrn Kollegen Paus das zu übermitteln - die Frage so weit beantworten, wie das im Rahmen einer solchen Debatte möglich ist. Die Frage, die die CDU stellt, ist durchaus berechtigt. Sie lautet, ob die Reduzierung, die wir bei der Zahl der Einstellungsermächtigungen haben, dazu führt, daß die Gesamtzahl der Polizeivollzugsbeamten auf die Zukunft hin geringer wird. Diese Frage bewegt den Kollegen Paus und die CDU-Fraktion, und dazu will ich einige wenige Anmerkungen machen.

Sie wissen, daß wir im Vergleich zu 1992, als mein Amtsvorgänger einmal eine Aussage zur Notwendigkeit einer bestimmten Zahl von Polizeivollzugsbeamten gemacht hat, die Zahl der Polizeivollzugsbeamten um 938 auf jetzt - Haushalt 1996 - 45 149 gesteigert haben. Im Haushalt 1997 gibt es

(Minister Kniola)

(A) eine zusätzliche Steigerung um weitere Beamtenstellen, die wir vornehmen mußten, weil wir in der Vergangenheit Einstellungsermächtigungen deutlicher wahrgenommen haben, als es der Nachersatz erforderlich machte.

Wir sind dabei davon ausgegangen, daß es bei der Polizei ein bestimmtes Maß an Fluktuation aus dem Beamtenverhältnis gibt; dazu gab es in der Vergangenheit Anhaltspunkte. Aber es hat sich gezeigt, daß die Fluktuation unter veränderten arbeits-, aber auch dienstrechtlichen Gesichtspunkten nicht mehr in dem Maße stattfindet, so daß wir jetzt in der Situation sind, daß wir in dem jetzt in zweiter Lesung zur Beratung anstehenden Haushaltsplan 1997 mehr Planstellen haben, als wir ursprünglich geplant hatten.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Wir haben in der Landesregierung eine Verständigung herbeigeführt - da wir den Grundsatz haben: wer eine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, wird auch auf eine Beamtenstelle übernommen -, daß wir die bisherige Praxis durchhalten wollen. Deshalb wird es auch im übernächsten Jahr 1998 ein weiteres Anwachsen über die ursprünglich angedachte Planzahl hinweg geben. Einvernehmlich ist aber, daß unsere Zielzahl die Zielzahl des Jahres 1996 ist. Das heißt, im Jahre 2000 - ich denke, Herr Kollege Stallmann, da sind wir uns einig - wollen wir wieder 45 149 Polizeivollzugsbeamte haben. - Das ist zunächst einmal die Situation.

(B) Wir haben, bezogen auf diese Zielgröße - weil wir immer zweieinhalb bzw. drei Jahre, je nach Dauer der Ausbildung, im voraus kalkulieren müssen, wie viele wohl ausscheiden werden und wie viele Ausbildungsverhältnisse wir bereitstellen müssen, um Ersatz für ausscheidende Beamte zu schaffen -, kalkuliert und für dieses Jahr eine Einstellungsermächtigung in Höhe von 621 im Haushalt festgeschrieben. Diese Zahl reicht aus, um die Zahl der Polizeivollzugsbeamten im Jahre 2000 konstant zu halten. - Ich wollte das an dieser Stelle gern ausführen, weil das eine wichtige Nachfrage war, die aus Gründen, die ich nicht zu bewerten habe, hier nicht gestellt wurde. Ich denke, daß meine Antwort als Information wichtig war.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft eine Sache, die vielleicht etwas untergegangen ist, weil sich viele auf den gedruckten Haushaltsentwurf konzentriert und vielleicht nicht so genau in der Ergänzungsvorlage nachgeschaut haben. In dieser aber gibt es einen aus meiner Sicht ganz wichtigen Punkt.

Sie wissen, daß wir bei der Polizei, was die Modernisierung der Verwaltung angeht, im Vergleich zu anderen Ländern sehr deutlich, aber auch im Vergleich mit der Landesverwaltung vorn liegen. Wir haben die sogenannten sechs Budgetbehörden, in denen ein besonderes Maß an Ressourcen- und Finanzverantwortung erprobt wird. Diese Behörden können sich auch wirtschaftlich als Verwaltungseinheiten verhalten.

Im Rahmen der Gespräche innerhalb der Landesregierung ist es gelungen - ich bin dafür Herrn Finanzminister Schleußer sehr dankbar -, die Übertragbarkeit eingesparter Mittel in Höhe von 5 % auf das nächste Jahr zu erreichen. Das ist für die betroffenen Behörden ein ganz wichtiger Vorgang.

Wie wichtig das ist und - ausnahmsweise darf die Mutter einmal ihre eigene Butter loben - wie gut wir sind, zeigt sich auch daran, daß die Kreispolizeibehörde Soest mit dem Preis der Verwaltungshochschule Speyer ausgezeichnet worden ist. Gerade heute findet die Preisverleihung statt. Das möchte ich dem Hohen Hause bei dieser Gelegenheit gern mitteilen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Erringung eines Preises in einem bundesweiten Wettbewerb zeigt, daß wir auch innovativ tätige Polizeibeamte haben, die ihren Job nicht nur als Einbindung in den Bereich Sicherheit und Ordnung verstehen, sondern auch als modernes Verwaltungshandeln, das sich auch an Maßstäben von Wirtschaftlichkeit orientiert.

(Beifall des Eckhard Uhlenberg [CDU])

Herr Kollege Appel, ich will auch wegen des heftigen Beifalls von Herrn Kollegen Busch noch eine Bemerkung von Ihnen aufgreifen.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Normalmaß!)

- Ich habe schon genau geschaut, an welcher Stelle Sie geklatscht haben.

Damit zwischen uns kein Mißverständnis aufkommt, will ich präzise und deutlich sagen: Mit mir ist eine Einschränkung der operativen Aufgaben des Verfassungsschutzes nicht zu machen. Dies sind in Nordrhein-Westfalen Aufgaben, die sich insbesondere im Bereich des Rechtsradikalismus, im Bereich Antiiperialistische Zellen - AIZ - oder RAF-Umfeld, soweit es noch existiert - da nicht mehr mit dem Augenmerk wie in der Vergangenheit -, und ein bißchen im Bereich Autonome Zellen vollziehen. Sie müssen sehen, was wir an Sachbeschädigungen und Anschlägen gegen öffentliche Einrichtungen haben. Diese Entwicklung wird - ich

(C)

(D)

(Minister Kniola)

- (A) sage das auch vor dem Hintergrund dessen, was in Ostwestfalen passiert ist und was uns an anderen Stellen vielleicht droht - zunehmen.

Ich äußere das sehr klar und deutlich: Ich werde an der Wahrung der öffentlichen Sicherheit keinen Zweifel aufkommen lassen. Dafür stehe ich.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Innenminister Kniola. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 03**, und zwar **entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/1603**. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **beschlossen**.

Ich rufe jetzt auf:

- (B) **Gemeindefinanzierungsgesetz 1997**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1617.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile dem Abgeordneten Grevener für die Fraktion der SPD das Wort. - Bitte schön!

**Walter Grevener (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man hier über das Gemeindefinanzierungsgesetz und das Solidarbeitragsgesetz 1997 diskutieren will, muß man wissen, welche Finanzströme durch dieses Hohe Haus gelenkt werden. Die Verbundmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes macht für 1997 12,7 Milliarden DM aus. Wenn man noch berücksichtigt, daß aus anderen Titeln des Landeshaushaltes für 1997 noch mehr als 9 Milliarden DM für die Gemeinden vorgesehen sind, daß es also insgesamt um rund 21,8 Milliarden DM für die Gemeinden geht, dann ist es unverständlich, daß es Kommunalpolitiker in diesem Parlament gibt, die sagen, diese Beratungen könnten wir heute nicht fortführen, diese Beratungen könnten wir nicht

- zum Abschluß bringen; wir müßten eine andere Datengrundlage haben. (C)

Meine Damen und Herren! Wie sollen unsere Gemeinden draußen wirtschaften, wenn sie nicht Klarheit über die Leistungen des Landes für die Gemeindehaushalte haben? Wir, die Koalitionsfraktionen, wollen diese Klarheit schaffen. Deswegen beraten wir heute das Gemeindefinanzierungsgesetz. Wir sind auch bereit, dieses Gemeindefinanzierungsgesetz in der zweiten und in der nächsten Woche in der dritten Lesung zur Verabschiedung zu bringen.

Nun bin ich wie meine Vorredner in der schwierigen Lage, daß ich die Argumente der Opposition voranstellen muß, um meine eigenen Argumente vorzutragen. Die Opposition hat vorgetragen, daß weder zum Haushalt noch zum Gemeindefinanzierungsgesetz die Grundlagen fest seien, daß diese Grundlagen falsch seien, daß die Steuerschätzungen falsch seien.

Meine Damen und Herren! Besser als der Finanzminister kann ich Ihren Irrtum nicht aushebeln. Deswegen beziehe ich mich auf die Aussagen, die Minister Schleißer in diesem Zusammenhang gemacht hat.

- Was aber das Gemeindefinanzierungsgesetz angeht, haben wir noch eine weitere Besonderheit. Immer wenn wir hier das Gemeindefinanzierungsgesetz beraten haben, waren wir uns nicht sicher, ob die Steuerschätzungen, die zugrunde gelegt wurden, auch tatsächlich eintreten würden. (D)

Wir hatten aber immer die Zusage des Finanzministers - und so auch für 1997 -, daß die Zahlen im Gemeindefinanzierungsgesetz Bestand haben. Wenn sich die Zahlen zuungunsten der Gemeinden verändern würden, werde dieser Ausgleich aus dem Landeshaushalt kreditiert. Das ist eine gute Regelung.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Das ist gut für unsere Gemeinden und damit auch gut für unsere Bürgerinnen und Bürger, denn über die Gemeinden erfüllen wir wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Der zweite Punkt, der aber nur noch leise von der Opposition vorgetragen wird, ist, daß wir die Gemeinden nur mit 23 % an den Steuereinnahmen des Landes beteiligen, daß dieser Verbundsatz höher sein müßte.

Meine Damen und Herren! Das Land kann nur soviel geben, wie es die eigene Leistungsfähigkeit